



BürgerInnenbrief

26. September 2012

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

UmFAIRteilen +++ Hasenfüße in Altona +++ Chancenbudget +++ Schuldenbremse à la SPD +++ Wohnungsmangel

UmFAIRteilen – Reichtum besteuern!



So geht Menschenkette: Anti-Atom-Protest im Gefolge des Fukushima-GAUS (M. Joho)

Unter diesem Motto findet am kommenden Samstag, den 29. September, ein bundesweiter Aktionstag statt. Es geht darum, ein sichtbares Zeichen gegen die immer weiter aufgehende Schere zwischen Armut und Reichtum zu setzen. Der im September 2012 vorgelegte, in der Bundesregierung aber immer noch umstrittene Armutsbericht führt an, dass sich das Nettovermögen der privaten Haushalte in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehr als verdoppelt hat und mittlerweile auf 10 Billionen Euro (= 10.000.000.000.000) angewachsen ist. Ein

Schelm, wer das gerne zitierte Durchschnittsvermögen berechnet, das läge nämlich bei absoluter Gleichverteilung bei 125.000 Euro pro Person. Doch die Verhältnisse, ... die sind nicht so. Ganz im Gegenteil: Besaßen die obersten zehn Prozent der Haushalte 1998 noch 45% des Nettovermögens, verfügten sie 2008 bereits über einen Anteil von gut 53%. Der unteren Hälfte der Haushalte steht dagegen nur etwas mehr als 1% zur Verfügung, so der jüngste Armutsbericht der Bundesregierung (Süddeutsche Zeitung, vom 18.9.2012).

Bündnis UmFAIRteilen: Hamburger Aufruf

Unterstützen Sie das Bündnis umfairteilen...

Es gibt einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise: Umverteilung! Wir wollen nicht, dass die öffentlichen und sozialen Leistungen verschlechtert werden und die große Mehrheit der Bevölkerung höher belastet wird. Stattdessen müssen übergroßer Reichtum und Finanzspekulationen endlich gesteuert werden. Es geht nicht nur um Geld, sondern auch um gelebte Solidarität in unserer Gesellschaft. Wir fordern

- eine **Vermögenssteuer** und eine einmalige **Vermögensabgabe**, um die notwendigen öffentlichen und sozialen Ausgaben gerecht zu finanzieren und die Verschuldung abzubauen, und
- einen konsequenten **Kampf gegen Steuerflucht** und Steueroasen und für eine **Steuer auf Finanzmarktgeschäfte** gegen Spekulation und gegen Armut, weltweit.

Auch für Hamburg gilt: **Nicht Kürzungen** auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte, wie z.B. **Personalabbau** und die Einschränkung oder sogar **Streichung notwendiger sozialer, kultureller sowie anderer Angebote**, sondern vor allem eine Stärkung der Einnahmeseite ist der richtige Weg. Auch weitere **Privatisierungen der Daseinsvorsorge** lehnen wir ab. Die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte bzw. Kommunen muss durch Steuergerechtigkeit beendet werden, denn die Schuldenkrise ist vor allem eine Steuerkrise!

Deshalb fordern wir Senat und Bürgerschaft in Hamburg auf, sich unseren Forderungen anzuschließen und sie in die Tat umzusetzen!

UnterstützerInnen und weitere Informationen unter www.umfairteilen.de

Auch DIE LINKE setzt auf eine deutliche stärkere Besteuerung der Reichen und Superreichen und unterstützt die Aktion »UmFAIRteilen«. Wie in anderen Großstädten wird in Hamburg am 29. September eine Menschenkette gebildet, und zwar von der Handelskammer, der Börse, von Banken und Versicherungen bis zum Rathaus. Die Auftaktkundgebung findet um 12 Uhr auf dem Adolphsplatz statt, dann »entrollt« sich die Menschenkette. Steht die, werden große »Geldsäcke« von den einschlägigen Institutionen zum Rathausmarkt »durchgereicht« und gegen 13.15 Uhr symbolisch an VertreterInnen des Allgemeinwohls übergeben.

Die Aktion UmFAIRteilen fällt in Hamburg mitten in die Debatte über den neuen Doppel-Haushalt 2013/2014. Der SPD-Senat plant einen einzigartigen Kahlschlag vor allem im Öffentlichen Dienst, in der Kinder- und Jugendhilfe und im Sozialbereich, ganze Einrichtungen und behördliche Stellen werden abgebaut.

Begründet werden die dramatischen Einschnitte vom SPD-Senat mit der Schuldenbremse, bejubelt zudem von der FDP und der CDU, aber auch den GRÜNEN. Einzig DIE LINKE lehnt diese Schuldenbremse ab und orientiert darauf, das offensichtlich vorhandene Geld bei denen zu holen, die es im Übermaß haben, z.B. durch die Einführung einer Millionärssteuer und eine Vermögensabgabe, vom deutlich verbesserten Steuervollzug einmal ganz abgesehen. »Unsere Schuldenbremse heißt Millionärssteuer!«, mit dieser Parole mobilisiert der Hamburger Landesverband für die Teilnahme an den Aktionen am kommenden Samstag.

Doch DIE LINKE will es nicht bei der Großdemonstration belassen. Rechtzeitig zur Haushaltsdebatte hat die Links-

fraktion die Broschüre »Abgescholzt. Der Hamburger Haushalt unter dem Diktat der Schuldenbremse« herausgegeben.

Sie ist ab sofort bei der Bürgerschaftsfraktion, an den Infoständen und in den Fraktions- und Parteibüros kostenfrei zu erhalten oder über die Website www.linksfraktion-hamburg.de herunterzuladen.

Darüber hinaus will die Fraktion den Kürzungen »ein Gesicht geben«. Finanzielle Kürzungen und sozialpolitische Einschnitte aller Art sollen laufend dokumentiert werden. Dafür ist ein so genannter Kürzungsmelder (www.kuerzungsmelder@linksfraktion-hamburg.de) eingerichtet worden, an den neu bekannt werdende »Sparmaßnahmen« durchgegeben und die Hiobsbotschaften natürlich auch abgefragt werden können. Kurz und gut, wir wollen und werden es den Regierenden möglichst schwer machen, die Politik des Abscholzens widerspruchlos durchzuziegn. Ermutigende Worte kommen in diesem Zusammenhang vom neu gebildeten Hamburger »Bündnis gegen Rotstift«, dessen offenen Brief vom 24. August wir hier gerne aufnehmen.



BÜNDNIS GEGEN ROTSTIFT

c/o Der PARITÄTISCHE Hamburg, Wandsbeker Chaussee 8, 22089 Hamburg,
Tel. 4 15 201-51, E-Mail: kontakt@buendnis-gegen-rotstift.de

Hamburg, 24.8.2012

An die Bezirksabgeordneten der SPD-Fraktionen und die Distriktvorsitzenden

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind tief besorgt über den sozialpolitischen Weg, den die SPD und der Hamburger Senat eingeschlagen haben. Die geplanten Kürzungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und bei den Zuwendungsempfängern werden erst der Anfang sein, denn allein im Etat der BASFI [Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration] sollen zusätzlich noch mehr als 50 Millionen Euro eingespart werden. Durch die falsche Prioritätensetzung des Senats werden die Kürzungen auf dem Rücken der Schwächsten in unserer Gesellschaft ausgetragen. Trotz prognostizierter Einnahmerekorde bleibt der Senat bei seinem Kurs. Dabei gibt es genug Spielraum, um die geplanten Sparmaßnahmen zurückzunehmen: Steuermehreinnahmen (+380 Mio. Euro), »Restmittel« aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (+15 Mio. Euro), Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund (derzeit mind. 50 Mio. Euro, bis 2020 jährlich 250-300 Mio.), Beteiligung des Bundes an der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (mehr als 100 Mio. Euro pro Jahr ab 2013).

Nicht nur wir, sondern immer mehr Hamburger Bürgerinnen und Bürger bekommen das Gefühl, dass die SPD über unsere und ihre Köpfe hinweg entscheidet und einseitig vollstreckt. Daher haben wir uns in einem breiten Bündnis zusammengeschlossen, um gemeinsam für ein soziales Hamburg einzutreten.

Wir fordern Sie als Basis Ihrer Partei auf, sich für die Rücknahme der Kürzungspläne stark zu machen und für eine soziale, gerechte und demokratische Politik einzutreten. Die Antwort auf die Krise darf nicht Kürzen und Kaputtsparen heißen. Die Antwort muss heißen: Einnahmen erhöhen durch ein gerechtes Steuersystem!

Die geplanten Kürzungen werden nicht nur in Ihrem Bezirk fatale Auswirkungen haben. Zahlreiche Einrichtungen wie Bauspielplätze, Häuser der Jugend, Mädchentreffs und Jugendzentren stehen vor einer ungewissen Zukunft und müssen ggf. ihr Angebot abbauen oder einschränken. Dabei arbeiten die Beschäftigten in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg – ob im öffentlichen Dienst oder in Freier Trägerschaft – schon lange am Rande der Belastbarkeit. In 20 Prozent der Einrichtungen gibt es nicht einmal eine volle Planstelle.

Wir wollen, dass die Menschen in Ihrem Bezirk auch in Zukunft die Angebote finden, die sie suchen, dass sie die Hilfe bekommen, die sie benötigen. Dass wir damit nicht alleine sind, zeigen mehr als 20.000 Unterschriften Hamburger Bürgerinnen und Bürger und die klaren Entscheidungen der Jugendhilfeausschüsse, die sich in allen Bezirken mehrheitlich gegen die Kürzungen ausgesprochen haben – teilweise mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten. Vielleicht auch mit Ihrer Stimme?

Wo sollen Kinder und Jugendliche am Nachmittag hin, wenn die Offenen Angebote nun schließen oder ihre Öffnungszeiten begrenzen müssen? Die Ganztagsangebote, die sich noch im Aufbau befinden, können die entstehende Lücke nicht schließen. Zum einen, weil diese Angebote bisher nur auf die Grundschulen begrenzt sind. Zum anderen sprach selbst Schulsenator Ties Rabe davon, dass »wir erst langfristig die 50-Prozent-Marke« erreichen. Was machen dann die anderen 50 Prozent, wenn die Schule vorbei ist? Und was ist mit denen, die den Unterricht schwänzen oder ihm vollständig fernbleiben?

Wer davon ausgeht, dass alle diese Jugendlichen den Nachmittag freiwillig in der Schule verbringen, verschließt die Augen vor der Realität.

Seit kurzem schwebt das Damoklesschwert nun auch über den Zuwendungsempfängern. Hier wird denjenigen der Boden unter den Füßen weggezogen, die sich in unserer Stadt – häufig ehrenamtlich – für die Schwächsten in unserer Gesellschaft einsetzen. Bei Seniorentreffs, Beratungseinrichtungen für Migranten oder auch Selbsthilfeorganisationen (z.B. im Suchthilfebereich) drohen Kürzungen, die auch zur vollständigen Schließung führen können.

Unverständlich bleibt auch die Haltung der BASFI zur Umsetzung der Kürzungen bei der Arbeitsförderung. In diesem Jahr drohen erneut Millionenbeträge an den Bundeshaushalt zurückzufließen. Bezirkliche Interessen bei der Organisation öffentlich geförderter Beschäftigung werden nicht berücksichtigt, weitere Stadtteilprojekte werden schließen.

Wenn wir dann noch in Schreiben der BASFI und der BGV lesen müssen, dass zukünftige Tarifsteigerungen bei den Zuwendungen nicht weiter berücksichtigt werden sollen, bedeutet das nicht nur eine zusätzliche Belastung für viele Einrichtungen und Träger, die dieses finanzielle Loch nicht stopfen können, sondern würde einem Lohndumping Tür und Tor öffnen und zu Entlassungen und Personalabbau führen. Im öffentlichen Dienst, wo die Ausgaben gemäß der Senatsvorgaben nur um maximal 0,88 Prozent steigen dürfen, rechnen Experten damit, dass bis 2019 mehrere Tausend Stellen wegfallen. Eine Wertschätzung gesellschaftlich wertvoller Arbeit sieht anders aus. Dabei ist jetzt schon klar, dass besonders im Gesundheits- und Pflegebereich, aber auch im Schulwesen, der Jugendarbeit und Alterssicherung in den kommenden Jahren immense Mehrausgaben nötig sein werden, will man auch nur halbwegs den aktuellen Standard halten. Von einer Verbesserung der Situation ganz zu schweigen.

Wir fordern Sie auf, endlich den Blick dorthin zu richten, wo Geld im Überfluss vorhanden ist – in Hamburg noch mehr als in anderen Städten. Das wohlhabendste Zehntel der Gesellschaft verfügt über mehr als 60 Prozent des Gesamtvermögens. Die ärmere Hälfte besitzt hingegen nur ein Prozent. Es wird Zeit, die großen Vermögen an den Kosten der Krise zu beteiligen. Um der sozialen Ungleichheit unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, brauchen wir eine Vermögens- und Transaktionssteuer, eine höhere Erbschaftssteuer, einen höheren Spitzensteuersatz und eine Reform der Körperschaftssteuer. Die Politik muss endlich handeln. Brechen Sie das Tabu und setzen Sie sich mit Ihrer Partei für höhere Einnahmen ein.

Ignorieren Sie nicht die Proteste. Ignorieren Sie nicht die Sorgen der Menschen, die Sie gewählt haben. Nehmen Sie die Bürgerinnen und Bürger ernst und kämpfen Sie mit allen Mitteln gegen die Kürzungen im Sozialbereich und für eine lebenswerte Stadt für alle!

Mit freundlichen Grüßen

Sieglinde Friess, Leiterin ver.di Fachbereiche Bund, Länder und Gemeinden

Joachim Gerbing, Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V.

Joachim Speicher, Geschäftsführer Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg e.V.

Gudrun Stefaniak, Vorstand Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, Landesverband Hamburg

Sigrid Strauß, 1. Stellvertretende Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg (GEW)

Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender des Sozialverbandes Deutschland e.V., Landesverband Hamburg

Für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V. (AGFW): **Michael Edele**. Die AGFW ist ein Zusammenschluss von: Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk und Jüdische Gemeinde.



Hasenfüßiger Senat vergibt großartige Chancen

Von Heike Sudmann



Begehrtes Bauland: An der Altonaer Bahnstrecke (M. Joho)

Nach der HafenCity ist die »Neue Mitte Altona« das größte Neubau- und Stadtentwicklungsgebiet in Hamburg. Was geplant wird und was schiefläuft, soll hier aufgezeigt werden.

Was wird geplant?

Auf einer riesigen Fläche zwischen dem Bahnhof Altona und dem Bahnhof Diebsteich soll ein neuer Stadtteil entstehen. Brachliegendes Bahngelände und eine mögliche Verlagerung des Fernbahnhofs Altona nach Diebsteich bieten auf insgesamt 75 Hektar (= 750.000 Quadratmeter) viele Möglichkeiten. In dem Gebiet, das in Nord-Süd-Richtung ungefähr 2.200 Meter lang ist und in Ost-West-Richtung eine maximale Breite von 600 Metern hat, ist u.a. Folgendes vorgesehen:

- 3.500 Wohnungen, verteilt auf zusammenhängende Quartiere mit jeweils 600-800 Wohnungen,
- überwiegend fünfgeschossige Bebauung, teilweise auch sechs- oder siebengeschossig,
- acht Hektar Parkanlagen,
- weniger Autos als »normal«, kleiner Anteil von autoarmem Wohnen.

15 Jahre werden mindestens für die Realisierung gebraucht – wenn alles so klappt, wie der Senat sich das vorstellt. Bisher hat z.B. die Deutsche Bahn AG noch nicht entschieden, ob der Fernbahnhof Altona verlagert werden soll. Doch auch ohne Bahnverlagerung soll es jetzt mit dem **ersten Entwicklungsabschnitt**, der mit 26 ha ca. ein Drittel der Fläche umfasst, losgehen. Der Senat hat in einem »Masterplan« (s. Bürgerschaftsdrucksache 20/4193 vom 15.5.2012) dargelegt, was er für den Bereich zwischen dem Bahnhof Altona und dem Gleisbogen an der Stresemannstraße plant. 1.600 Wohnungen sollen gebaut werden, davon 1.000 freifinanziert oder als Eigentumswohnungen. Nur 350 Wohnung sollen mit einer Nettokaltmiete von 5,90 €/qm starten, die hierfür gewährte staatliche Förderung läuft nach 15 Jahren aus, sodass es schnell

vorbei sein kann mit günstigen Mieten. Für knapp 180 Wohnungen ist ebenfalls mit Hilfe von staatlicher Förderung eine Einstiegsrente von 8,00 €/qm netto kalt vorgesehen.

DIE LINKE fordert dagegen: Plant und baut das, was dringend gebraucht wird: bezahlbaren Wohnraum! Mittlerweile haben rund 420.000 Hamburger Haushalte (= 42%) so wenig Einkommen, dass sie Anspruch auf eine geförderte Wohnung mit 5,90 €/qm Einstiegsrente haben. Doch es gibt nur noch knapp 100.000 Sozial- und 170.000 andere Wohnungen, deren Miete unter 6,- €/qm liegt. Tendenz weiter sinkend. Da braucht niemand einen Taschenrechner, um festzustellen, dass hier eine Riesenlücke zwischen Bedarf und Angebot klafft. Sie lässt sich nur füllen, wenn alles getan wird, um viele preiswerte Wohnungen zu bauen und diese auch möglichst dauerhaft Spekulation und Renditeabsichten zu entziehen.

Engagierte BürgerInnen ernst nehmen!

Seit die Planungen für die Neue Mitte Altona konkreter werden, gibt es eine »BürgerInnenbeteiligung«. Zahlreiche Präsentationen, ganztägige Workshops, Bürgerforen etc. wurden seit 2010 durchgeführt. Im Dezember 2011 wählte ein gut besuchtes Bürgerforum 36 Menschen (AnwohnerInnen, Gewerbetreibende, InitiativenvertreterInnen u.a.) in das »Kordinierungsgremium Mitte Altona«. »Die Aufgabe des Gremiums soll insbesondere darin bestehen, den Beteiligungsprozess und die Beteiligungsangebote kritisch zu begleiten und Empfehlungen an die Planungsakteure zu geben«, heißt es im Masterplan. Mit ungeheurem Engagement, in unzähligen Sitzungen und Beratungen haben die Mitglieder des Kordinierungsgremiums genau das gemacht. Nur: Kritik und Empfehlungen werden vom Senat und der Mehrheit der Bürgerschaft schlicht missachtet. Im Februar 2012 beispielsweise forderte das Kordinierungsgremium ein Moratorium, also einen vorübergehenden Planungsstopp, weil die Interessen der enga-

gierten BürgerInnen und des Stadtteils unterzugehen drohen; doch der auf einer BürgerInnenversammlung bestätigte Beschluss wurde ignoriert. Im August 2012 stellte das Gremium dem Stadtentwicklungsausschuss seine gut begründeten Vorschläge für die Entwicklung eines sozial gemischten Stadtteils mit bezahlbaren Wohnungs- und Gewerbemieten, für Abschöpfung der Planungsgewinne und Bodenwertsteigerungen und einiges mehr vor. Die Mehrheit aus den anderen Fraktionen verhielt sich dazu wie der Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr in den Griff bekommt. Beteiligung ist anscheinend nur so lange gut, wie das gewünschte Ergebnis dabei herauskommt. Für die Unterstützung der Forderungen wurde DIE LINKE sogar mit dem Vorwurf des Populismus überzogen. Offensichtlich stört es die anderen Fraktionen, dass die Kritik der LINKEN in Altona und in der Bürgerschaft größtenteils auch von den BürgerInnen aufgegriffen wurde. Als Stadtplanerin kann ich gut beurteilen, wie viel Sachverstand sich die BürgerInnen erarbeitet haben und wie genau sie die kritischen Punkte treffen. Vor so viel (ehrenamtlichem, unbezahltem) Engagement kann mensch nur den Hut ziehen! Und Durchhaltevermögen wünschen!

Die Stadt trägt die Kosten, die InvestorInnen streichen die Gewinne ein

Heiß umstritten ist die Höhe der Gewinne, die die GrundeigentümerInnen erzielen werden, und der Kosten, die bei der Stadt hängen bleiben. Aufgrund der »besonderen städtebaulichen Bedeutung ... für die gesamtstädtische Entwicklung und für die Entwicklung der umliegenden Stadtteile« (Masterplan, S. 1) hatte der Senat bereits 2007 beschlossen, die rechtlichen Möglichkeiten des Baugesetzbuchs voll auszuschöpfen (§ 165ff. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen). Vereinfacht dargestellt läuft das so: Wenn die GrundeigentümerInnen nicht bereit sind, die städtischen Planungen zu verwirklichen, hat die Stadt das Recht, die Grundstücke zu erwerben und die Planungen selbst umzusetzen. Damit wird Spekulation und Renditestreben von GrundeigentümerInnen im wahrsten Sinne des Wortes der Boden entzogen.

Doch der Senat scheut diesen Schritt wie der Teufel das Weihwasser. Er führt als Begründungen u.a. Kostenrisiko oder fehlendes Personal an. Doch bis heute weiß der Senat gar nicht, wie hoch die Kosten und die Bodenwertsteigerungen sein werden. Das soll alles nämlich erst im nächsten Schritt geklärt werden. Vorsichtshalber formuliert der Senat die Anforderungen an die GrundeigentümerInnen so butterweich, dass es kaum möglich ist, nachzuweisen, dass diese nicht die städtischen Planungen umsetzen wollen. Ein »bestes« Beispiel war vor wenigen Tagen anlässlich des Verzichts auf das Vorkaufsrecht für die Holsten-Fläche im ersten Ent-



Blick vom ehem. Frappant-Gebäude (M. Joho)

wicklungsabschnitt zu bestaunen. Das Unternehmen ECE, Tochter des hamburgischen OTTO-Konzerns und Betreiberin von etlichen Einkaufszentren, hat sich für rund 4,5 Hektar Fläche eine Kaufoption von der Holsten-Brauerei gesichert. Der Senat hat hier ein Vorkaufsrecht gehabt, lies, er hätte anstelle von ECE diese Flächen erwerben können. Doch stattdessen hat er auf dieses Recht verzichtet. Im Gegenzug hat ECE laue Absichtserklärungen mit knallharten Einschränkungen abgegeben. Dazu ein Zitat aus der Antwort des Senats auf meine Kleine Anfrage (Bürgerschaftsdrucksache 20/5283 vom 21.9.2012, Nr. 2), wozu sich ECE verpflichtet hat (»Wir« ist in diesem Fall die ECE):

»2. »Drittel-Lösung«: Wir erkennen die Zielsetzung der Freien und Hansestadt Hamburg an, in der Mitte Altona jeweils 1/3 öffentlich geförderten Wohnungsbau (hiervon 2/3 im 1. Förderweg und 1/3 im 2. Förderweg), 1/3 frei finanzierten Mietwohnungsbau und 1/3 Eigentumswohnungen zu realisieren. Für die Umsetzung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in der Mitte Altona setzen wir voraus, dass Angebote geeigneter Unternehmen oder Baugemeinschaften mit der notwendigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vorliegen, die im Segment des öffentlich geförderten Wohnungsbaus innerhalb der förderungsfähigen Grenzen (z. Z. 800 €/qm Wfl.) liegen.«

Schön, dass ECE die Zielsetzungen der Freien und Hansestadt anerkennt. Doch wenn es keine Angebote geeigneter Unternehmen oder Baugemeinschaften gibt, ist ECE aus der Verpflichtung heraus. Und was geeignet ist, wird sicherlich ECE selbst entscheiden können. Die Stadt hat das Druckmittel des Vorkaufsrechts nicht mehr in der Hand, die ECE hingegen noch alle Freiheiten.

DIE LINKE wird weiter dafür streiten, dass die Stadt sämtliche Flächen erwirbt. Da das Areal nach Fertigstellung aufgrund der Bestimmungen im Baugesetzbuch wieder verkauft werden muss, gibt es sichere Einnahmen für die Stadt. Nur Mut, Senat – es geht, wenn du willst!

Im Netz (<https://vimeo.com/49308627>) findet sich noch der Mitschnitt einer Schalthoff-Live-Sendung vom 11. September, in der es um **»Die Zukunft der Neuen Mitte Altona«** und den Spekulanten ECE geht. Im Gespräch: Stadtplaner Mario Bloem, Oberbaudirektor Jörn Walter und die stadtentwicklungspolitischen Fraktions-sprecherInnen Dirk Kienscherf (SPD) und Heike Sudmann (DIE LINKE).

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Auch in diesem Jahr organisiert die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) wieder Aktionstage unter dem Motto **Nachbarschaft verbindet**. Vom **24. September bis 3. Oktober** sind diverse Nachbarschaftsaktionen in verschiedensten Quartieren geplant. Die Aktionstage fallen in diesem Jahr zusammen mit der Woche des bürgerschaftlichen Engagements und der Interkulturellen Woche. Wer's genau wissen will, schaut unter www.hamburg.de/nachbarschaft-verbundet.

Mit dem Rentenkonzept in die Große Koalition? Blendwerk statt Reform – so ist eine Veranstaltung der LINKEN am **Mittwoch, den 26. September**, überschrieben. Gerade haben wir vernommen, dass selbst bei jahrzehntelanger, durchgängiger Beschäftigung für viele Altersarmut droht. Dass auch das SPD-Konzept dem nichts entgegengesetzt, darüber referiert ver.di-Sekretär Berno Schuckart ab 18.30 Uhr im Georg-Asmussen-Haus (Böckmannstraße 3).

Viele Jahre ist Marut G. Perle im Karoiviertel engagiert, ein umfang- und kenntnisreiches Rundgangsprogramm vor Ort ist eine der Folgen. »Alle(s) saniert?!« heißt sein Renner, und es geht dabei um die Frage: **Wie gentrifiziert ist das Karolinnenviertel nach 25 Jahren Stadtteilsanierung?** Der »Stadtteilrundgang in zwölf Abgesängen« findet das nächste Mal statt am **Freitag, den 28. September**, um 16 Uhr ab Messeingang Süd (U2 Messehallen). Weitere dieser maximal zweistündigen Rundgänge gibt es am 5. und 12. Oktober jeweils um 16 Uhr, am 3. und 24. November bereits ab 15 Uhr sowie letztmalig am 1. Dezember um 15 Uhr ab Messeingang Süd. Näheres unter Tel. 43 27 44-24.



Ebenfalls am **Freitag, den 28. September**, lädt Tim Golke ein zu einem Spaziergang durch den Stadtteil Horn-Mitte. **Von Horner Freiheit und Neuer Mitte** erzählen bei dieser Unternehmung VertreterInnen des Stadtteilvereins und der Geschichtswerkstatt Horn. Treffpunkt ist um 17 Uhr die U2-Station Horner Rennbahn, Ausgang Gojenboom. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Auf die Großkundgebung **UmFAIRteilen – Reichtum besteuern!** am **Samstag, den 29. September** haben wir eingangs dieses Bürgerbriefs schon hingewiesen.

Vor 60 Jahren war die Gegend um den Bunker Schomburgstraße (Altona-Altstadt) Schauplatz des **»Altonaer Blutsonntags«**, wo Nazis bei einem Marsch durch das überwiegend von Arbeitern bewohnten Viertel viele Menschen erschossen. Zu diesem Thema führt das Stadtteilarchiv Ottensen am **30. September** eine Führung durch. Im Anschluss findet um 17:30 Uhr am KEBAP-Infomobil ein offenes Werkstattgespräch zur Geschichte von Altona Altstadt statt. Dort wird es auch um aktuelle Entwicklungen wie Gentrifizierung und den erfolgreichen Widerstand gegen die Moorbürgertrasse gehen.

Bevor das Museum der Arbeit Mitte November eine neue Ausstellung zum genossenschaftlichen Wohnungsbau in Hamburg eröffnet, kann mensch sich Eindrücke vor Ort verschaffen. Am **Samstag, den 6. Oktober**, sowie am **Samstag, den 3. November**, geht es mit der Elbinsel-Geschichtswerkstatt durchs **Reiherstiegviertel in Wilhelmsburg**. Treffpunkt ist jeweils um 11 Uhr die Bushaltestelle Stübenplatz (Bus 13). Um **Genossenschaftliches Bauen und Wohnen in Barmbek-Nord** geht es mit der dortigen Geschichtswerkstatt am 14. Oktober sowie am 3. Februar 2013 jeweils um 14 Uhr ab Fuhlsbütteler Straße/Elligersweg. **Wohnungsbau und Wohnkultur in der Jarrestadt** hat sich das Jarrestadt-Archiv für den 21. Oktober bzw. 17. März 2013 jeweils um 15 Uhr ab Semperstraße/Großheidestraße vorgenommen. Und den **Genossenschaftlichen Wohnungsbau zwischen Hafen und Gängeviertel** veranschaulicht Jens Germerdonk am 18. November um 14 Uhr ab Hafentor/Eichholz. Der Teilnahmebeitrag beträgt für alle Rundgänge vier Euro. Mehr zum Thema unter www.museum-der-arbeit.de.

Das Hamburger Institut für Sozialforschung führt von Oktober 2012 bis Februar 2013 die Veranstaltungsreihe **Anders statt mehr. Wachstum, Wohlstand, Gerechtigkeit** durch. »Diskutiert wird«, so der Ankündigungsflyer, »welche Rolle die lokale Ökonomie für eine nachhaltige Entwicklung des städtischen Raums einnehmen kann und sollte.« Zum Auftakt ist am **Montag, den 8. Oktober**, die Münchener Professorin Sophie Wolfrum zu Gast. Ihr Vortrag **Post-Oil City – Die Stadt der Moderne überwinden** beginnt um 20 Uhr im Institut (Mittelweg 36).

Ende April 2012 ist in Berlin das **Netzwerk Solidarische Mobilität** entstanden. Es wird u.a. getragen von VertreterInnen aus attac, Bahn für alle, Behindertenverband, BUND, FUSS, Germanwatch, Robin Wood, VCD, vom Bündnis90/Grüne und der LINKEN. Ein **erster Ratschlag** ist für den **12. bis 14. Oktober** in Berlin geplant. Grundsatzerklärung und Kongressinfos unter www.solimob.de.

Am **Sonntag, den 14. Oktober**, 16 Uhr ab U2-Station Burgstraße, steht Borgfelde auf Tim Golkes Rundgangszettel. Wer Lust hat, die Klaus-Groth-Straße samt Umgebung zu erkunden, ist bei diesem Rundgang zum Thema **Abrisse und Neubauten: Wer profitiert?** unter Führung des Stadtteilarchivs Hamm gerade richtig. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Die »Zwischenrunde« der Initiative **Lesetage selber machen – Vattenfall Tschüss sagen!** sieht drei Veranstaltungen vor, die die aktuellen Protestaktionen gegen den Mietenwahnsinn in Hamburg flankieren. Am **Mittwoch, den 17. Oktober**, präsentiert das Literarische Menüett der St. Georger Geschichtswerkstatt zwischen 18 und 21 Uhr im Planet Pauli (Spielbudenplatz 7-11) **Literarisches zum Thema Mietenwahnsinn**; mit dabei: ein Kontrabasist und die Initiative ESSO Häuser. Am Donnerstag, **18. Oktober**, gibt sich von 15.30 bis 17.30 der bekannte Kinderbuchautor und Illustrator Wolf Erlbruch Uhr im Kulturladen (Alexanderstraße 16) die Ehre und zeichnet für Jung und Alt sein Werk **Die fürchterlichen Fünf** parallel zur Lesung nach. Beteiligt bei dieser Solidaritätsveranstaltung für die von der Verdreifachung der Miete bedrohte Buchhandlung Wohlers sind eine Saxophonistin und der Einwohnerverein St. Georg. Und schließlich liest am **Sonntag, den 21. Oktober**, zwischen 18 und 21 Uhr in der Ganztagsgrundschule Sternschanze (Schanzenstraße) Frauke Turm aus ihrem Wasserturm-Krimi **Zugeschanzt**; mit dabei die Initiative anna elbe, die sich gegen die Privatisierung von öffentlichem Raum wehrt. Alle drei Veranstaltungen sind ohne Eintritt, es wird eine Spende erbeten. Mehr unter www.lesetage-selber-machen.de.



Der **5. Norddeutsche Wohn-Pflege-Tag** – organisiert u.a. von der Hamburger Koordinierungsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften sowie Stattdbau Hamburg und unter Schirmherrschaft der Hamburger Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks – findet am **Freitag, den 19. Oktober**, von 8.45 bis 17.45 Uhr im Albertinen-Haus (Sellhopsweg 18-22) statt. Im Mittelpunkt des Tagungsprogramms **In guter Gesellschaft** steht das bürgerschaftliche Engagement im Wohnquartier. Näheres unter <http://www.albertinen.de>.

Nach einem ersten Workshop zur »Mitte Altona – Auf dem Weg zum Mobilitätskonzept« am 22. September veranstaltet die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) am **Samstag, den 20. Oktober**, von 10 bis 17 Uhr einen zweiten Thementag unter der Überschrift **Wohnen & Leben in Mitte Altona**. Veranstaltungsort ist das Infozentrum Mitte Altona (Harkortstraße 121). Infos und Anmeldung unter Tel. 428 40-21 25 oder per Email an kristina.buelow@bsu.hamburg.de.

Eine **Stadtpolitische Konferenz** führt der Hamburger ver.di-Fachbereich Bund, Länder und Gemeinden am **Freitag, den 26. Oktober**, durch. Von 13 bis 18 Uhr wird im DGB-Bildungswerk (Besenbinderhof 56) getagt, um eine Bilanz der anderthalbjährigen Alleinregierung der SPD zu ziehen und kritisch deren »Schuldenbremse« und die Streichungspolitik zu hinterfragen. Anmeldung unter Tel. 28 58-40 69 oder per E-Mail an kolja.griebner@verdi.de.

Chancenbudget: Miese Methoden abgekupfert?

Von Tim Golke



Erwünschte Leere? Hier in der Hamburger Arbeitsagentur (dpa)

Lanciert über die Pressestellen der Bezirksämter ließ der Senat am 13. Juni seine Presseerklärung zum so genannten Chancenbudget veröffentlichen. Kern dieses Chancenbudgets ist danach folgendes: »Soweit die Bezirksämter Einsparleistungen für Senatsbehörden erbringen, können die Bezirke zukünftig am sogenannten Chancenbudget teilhaben.« Diese Pressemitteilung alarmiert, ist doch aus der 19. Wahlperiode das damals so titulierte »Wersich-Papier« noch in guter bzw. schlechter Erinnerung. In diesem Machwerk des CDU-Sozialsenators ist u.a. festgeschrieben, dass im Rahmen von Rechtsansprüchen Kürzungseffekte zu erzielen sind, wenn Hürden zur Antragstellung oder Inanspruchnahme von Leistungen aufgebaut werden. Anders formuliert: Werden die Menschen über ihre berechtigten Ansprüche schlecht oder – mangels Nachfrage – gar nicht informiert (»Hürden«), belasten sie auch nicht die entsprechenden Ämter und sorgen damit für gewisse Einspareffekte. Wunderbar!

Tatsächlich bestätigt der amtierende SPD-Senat diese skandalösen Empfehlungen auch noch. Auf die Frage, in welchen Bereichen bezirklicher Aufgabenwahrnehmung dieses so genannte Chancenbudget eingreifen könnte, antworteten mir die SenatsvertreterInnen im Verfassungsausschuss der Bürgerschaft »Chancenbudgets eröffnen sich in den Bereichen Hilfen zum Lebensunterhalt, Hilfen zur Pflege, Eingliederungshilfe Drogen und Sucht, Maßregelvollzug und Wohn-

geld«. Rein technisch kann ein Bezirk nach Aussagen des Senats dann über das Chancenbudget verfügen, wenn die im jeweiligen Einzelplan des Haushalts veranschlagte Optimallinie erreicht wird, also das, was für eine bestimmte Leistung veranschlagt ist. Die Maximallinie dient zur Verstärkung der Haushaltstitel und ggf. als Chancenbudget. Der Verstärkungstitel dient zum einen als »Sicherheitsreserve«, wenn die veranschlagten Mittel nicht ausreichen, zum anderen als »Chancenbudget«, wenn keine Verstärkung notwendig wird. Wenn ein Bezirk die Optimallinie nicht überschreitet, kann er Mittel aus der »Reserve« zusätzlich erhalten. Dieser Verstärkungstitel hat im Jahr 2013 für alle Bezirke einen Ansatz von 29 Mio. Euro und 2014 einen Ansatz von 65 Mio. Euro.

Der Senat weist den Vorwurf, gesetzliche Leistungen einschränken zu wollen, natürlich weit von sich. Aus seiner Sicht handelt es sich bei dieser Konstruktion vielmehr um eine relevante Aufstockung von gesetzlichen Sozialleistungen. Das klingt ganz nett, aber wie immer spielt die Musik in der Umsetzung. Und da ist das fatale Signal an die Bezirke: Wenn sie Einsparungen im Bereich der gesetzlichen Sozialleistungen vornehmen und so die Optimallinie erreichen, können sie auch noch einen Bonus bekommen. Mit diesem Herangehen aber sind den bekannten miesen Methoden aus dem Wersich-Papier Tür und Tor geöffnet.

»Die Stadt und das Auto«



Historische Eindrücke für LINKE Verkehrsexperten von heute (M. Joho)

Dies war der Titel einer Ausstellung, die das Museum der Arbeit bis zum vergangenen Wochenende gezeigt hat. Rund 20 TeilnehmerInnen waren einer Einladung von Heike Sudmann gefolgt, sich ein Bild davon zu machen, »Wie der Verkehr Hamburg veränderte« (so der Untertitel der Ausstellung). Die

Dokumente und Fotos finden sich im gleichnamigen Ausstellungskatalog, der eine differenziert-kritische Bilanz der Hamburger Verkehrspolitik und des jahrzehntelangen Autowahns zieht (Dölling & Galitz, 29,90 Euro).

Noch mehr neuer Hamburg-Lesestoff:

Gleich zwei Bücher sind in den vergangenen Wochen erschienen, die den O-Ton von engagierten Menschen aus bewegten Stadtteilen wiedergeben. Eine neue Tendenz? Jedenfalls eine sehr erfreuliche. Zum einen hat der Verein Gängeviertel e.V. kürzlich den wunderbar bebilderten Band **»Mehr als ein Viertel. Ansichten und Absichten aus dem Hamburger Gängeviertel«** herausgegeben (Assoziation A, 240 Seiten, 18,- Euro). Pünktlich zum zweiten Jahrestag der Besetzung des historischen Ensembles im August 2009 wird hier der politisch höchst kreative Weg des Gängeviertels zum genossenschaftlichen Projekt nachgezeichnet. Ein einzigartiger Einblick in die »temporäre autonome Zone«, wie es im Klappentext heißt.

Nun wirklich taufriisch ist die Veröffentlichung **»Eine starke Insel mitten in der Stadt. Bürger-Engagement in Wilhelmsburg und auf der Veddel als Motor der Stadtteilentwicklung«** (zu bestellen unter www.zukunft-elbinsel.de/buch, 13,- Euro, 220 Seiten). Herausgeber des ebenfalls reich bebilderten Werks ist der Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V. 24 ortsverbundene AutorInnen richten darin ihren Blick »auf Geschichte, Gegenwart und Herausforderungen der großen Hamburger Insel im Fluss«.

Schuldenbremse à la SPD in Hamburg

Von Joachim Bischoff



Hamburgische Finanzbehörde am Gänsemarkt (wikipedia)

Die regierende SPD in Hamburg verfolgt einen rigiden Sparkurs, der darauf hinausläuft, bis 2019 den Zuwachs bei den Ausgaben auf unter 1% zu begrenzen, um gemäß den Anforderungen der »Schuldenbremse« zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Aus diesem Grund weigert sich der SPD-Senat auch, die Steuermehreinnahmen seit dem Jahre 2011, die deutlich über den Erwartungen liegen, für Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit sowie für Investitionen in die Zukunft der Stadt zu verwenden. »Wir haben alle Mehreinnahmen, die durch die gute Konjunktur hineinkamen, nicht wieder in Mehrausgaben umgesetzt – wie es die Vorgängersenate oft getan haben –, sondern gesagt: Wir haben trotzdem kein Geld.« (Finanzsenator Tschentscher).

Gleichzeitig unternimmt der SPD-Senat wenig zur Verbesserung des Steuervollzuges. Eine Anfrage an den Hamburger Senat hat ergeben, dass sich die Hansestadt an den Kosten des Ankaufs von fünf CDs mit Material über Steuerhinterziehung beteiligt und dafür 157.852,53 Euro aufgewandt hat. Schätzungen gehen davon aus, dass die »Rendite« bei etwa 380% liegt. Der Kauf ist also ein einträgliches Geschäft und unterstreicht, dass die Steuerflucht auch in Hamburg ein drückendes Problem ist, mithin auch »vorher« schon seitens der Finanzämter genauer hingeschaut werden müsste.

Die Folge des derzeitigen finanzpolitischen Kurses ist ein harter Abbau- und Sparkurs, von dem besonders die Be-

schäftigten des öffentlichen Dienstes, die sozial benachteiligten Stadtteile und nahezu alle Bereiche der in Hamburg zu verantwortenden Sozialausgaben betroffen sind. Als größte Stellschraube der Sparwut sollen sich die Personalkosten erweisen. In die Ausgabenplanungen eingeflossen sind die Kürzungen bei den Sonderzahlungen und die angepeilte Streichung von jährlich 250 Stellen. »Bei der Veranschlagung der Personalausgaben wurden jährliche Tarif- und Besoldungserhöhungen von 1,5% unterstellt. Der Senat verfolgt auch für den Mittelfristzeitraum bis 2016 das Ziel, den Personalbestand der öffentlichen Verwaltung zurückzuführen. Die Zuwachsraten für die Bezüge der Aktiven liegen daher im Planungszeitraum noch unter 1,5%. (...) Abweichend von der Praxis früherer Jahre sind im Einzelplan 9.2 ab 2013 keine zentralen Verstärkungsmittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen mehr veranschlagt. Sollten die tatsächlich eintretenden Tarif- und Besoldungserhöhungen über 1,5% hinausgehen, so müssen die Mehrausgaben – sowohl für Aktive als auch für Versorgungsempfänger – durch Umschichtungen innerhalb der jeweiligen Einzelpläne gedeckt werden.« Es wird mit Sicherheit also weit mehr Kürzungen bei den Planstellen geben als die zur Zeit verhandelten 250.

Aber die Logik der Kürzungen geht viel weiter. Der Senat verweigert auch allen ZuwendungsempfängerInnen und ausgliederten Bereichen die Anpassung an die errungenen

Leistungs- bzw. Einkommenssteigerungen. Ein Beispiel: In einem Landesrahmenvertrags zwischen der Stadt und den Trägern der Kindertagesstätten von 2008 wurde nicht nur festgeschrieben, wie viel Geld die Stadt den Kitas zahlt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Höhe der jährlichen Steigerungen der städtischen Zahlungen, um wiederum die Tarifsteigerungen und allgemeine Preiserhöhungen aufzufangen. Das wurde deshalb festgelegt, damit die Preissteigerungen nicht zulasten der Träger gehen und die ErzieherInnen nach Tarif bezahlt werden. Doch den Trägern der Kindertagesstätten wurden jetzt vertraglich zugesicherte Steigerungsraten gestrichen. Die Träger bestehen auf einem Plus von 2,1% in diesem Jahr. Die Stadt wiederum sieht in dem Vertrag durchaus einen Interpretationsspielraum und will nicht mehr als 0,88% bewilligen. Bei den Verhandlungen hat die Sozialbehörde mehrere Vorschläge gemacht, wie die Träger die Differenz ausgleichen könnten. Einer davon lautete, dass sie die Ausgaben für das Essen pro Kind und Tag von 4,50 auf 3,50 Euro absenken könnten.

Konsequenz dieser Haltung: Die Hansestadt kürzt nicht nur beim eigenen Personal und steigert über unzureichende Personalausstattung die Belastungen der Beschäftigten, sondern sie übt auch massiven Druck auf die Träger aus, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Tausende Menschen, die für die Stadt arbeiten, verdienen so wenig, dass sie davon nicht leben können. Städtische Betriebe haben MitarbeiterInnen in Tochtergesellschaften ausgelagert und zahlen niedrige Löhne. Die Stadt leiht sich auch Arbeitskräfte aus. Es gibt sogar städtische Betriebe, die eigene Leih-Firmen gegründet haben. Wenn die Stadt Aufträge vergibt, erhält häufig der billigste Bieter den Zuschlag. In manchen Betrieben, die für Hamburg arbeiten, herrschen deshalb miserable Arbeitsbedingungen.

In einem Dossier des »Hamburger Abendblattes« vom 22./23. September heißt es: »Diese Methoden führen zu einer Spaltung der Arbeitswelt. Da sind die fest angestellten Beschäftigten. Sie werden nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt. Und dann sind da ihre Kollegen: Die machen die gleiche Arbeit – aber sie verdienen viel schlechter. Bis zu 30 Prozent weniger, weil sie nach dem Zeitarbeits-Tarif bezahlt werden oder nach gar keinem. Neid und Missgunst unter Kollegen bleiben da nicht aus. Und letztlich wird das Gehaltsniveau insgesamt nach unten gedrückt. Es gibt keine offizielle Zahl, wie viele Menschen die Stadt zu diesen Bedingungen prekär beschäftigt. Ver.di schätzt die Zahl der Betroffenen auf mindestens 10 000.«

Prekär heißt nicht nur, dass die Betroffenen schlecht bezahlt werden, sondern auch, dass ihr Gehalt nicht für ein würdevolles Leben im Alter reicht; dass sie nicht wissen, wie lange sie ihren Job noch behalten können; dass ihre Arbeitsbedingungen schlecht sind.

Obwohl sie arbeiten, bekommen 35.500 HamburgerInnen derzeit »Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts« vom Jobcenter, besser bekannt als Hartz IV. Hamburgs AufstockerInnen haben im vergangenen Jahr Leistungen im Umfang von insgesamt 150 Mio. Euro vom Staat bekommen. Ursäch-

lich für die Entwicklungen, die zu diesem Umstand führen, sind vor allem die Hartz-Reformen der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder. Sie haben den Arbeitsmarkt liberalisiert, aber eben auch den Niedriglohn-Sektor gefördert und Leiharbeit zu einem Milliarden-Markt gemacht. Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat damals wesentlich dazu beigetragen, die Agenda 2010 als SPD-Generalsekretär politisch durchzusetzen. Später hat er die Agenda-Politik als Bundesarbeitsminister in der Großen Koalition unter Angela Merkel weitergeführt. Mit von der Partie als Staatssekretär im Arbeitsministerium: Detlef Scheele (SPD), der heutige Hamburger Sozialsenator.

Zweites Beispiel der Sparwut: die Sanierung der Schulen. Schon 2009 wurde der aktuelle Instandhaltungsstau an den staatlichen Hamburger Schulen nach behördeninternen Berechnungen auf Grund von Richtwerten und den Gebäudezuständen laut Gebäudepass auf rund 3 Mrd. Euro geschätzt; rund 1 Mrd. Euro sollte für neue Gebäude aufgewendet werden. Wie aber sollen diese Milliarden vor dem Hintergrund von Schuldenbremse und Ausgabendeckelung auf einen Zuwachs von jährlich unter 1% aufgebracht werden?

Antwort 1: durch die Gründung eines Sondervermögens und die Organisation einer öffentlich-öffentlichen Partnerschaft (ÖÖP) zwischen diesem Sondervermögen und der Stadt. Also durch finanzpolitische Manöver.

Das Sondervermögen hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und sie an die Behörde für Schule und Berufsbildung zu vermieten. Unsere schon damals geäußerte Kritik, dass es die Stadt günstiger käme, wenn sie die Kredite für die Sanierung direkt statt über das Sondervermögen aufnähme, und dass über Umwege die Gefahr der Vergabe und des Verkaufs von Schulen an Unternehmen bestehe, wurde in den Wind geschlagen. Der Schulbau soll vordergründig effizienter und kostengünstiger werden. Vor dem Hintergrund des Spardiktats will die SPD-Regierung auch im Bildungsbereich einen Sparkurs praktizieren und die Verbesserung des desolaten Zustands der Schulen durch eine Neuauflage des unter Schwarz-Grün abgewirtschafteten Projekts einer Partnerschaft zwischen öffentlichen Unternehmen und Staatsaufgaben finanzieren lassen.

»Wir beenden nun das Durcheinander der Wünsche, Vorstellungen und Pläne«, sagte Schulsenator Rabe. »Im Rahmenplan wurden erstmals alle Einzelpläne und Wünsche nach Dringlichkeit und Machbarkeit geordnet.« So sollen mehr als 1.600 neue Unterrichtsräume gebaut und sämtliche Ganztagschulen mit rund 170 Kantinen ausgestattet werden. Mehr als 150 Mio. Euro fließen in Sport- und Gemeinschaftsflächen. Mit den anvisierten Investitionen in Höhe von zwei Mrd. Euro wird also höchstens die Hälfte der dringend notwendigen Mittel aufgebracht. Auf die lange Bank geschoben werden damit zahlreiche Sanierungsmaßnahmen an renovierungsbedürftigen Schulgebäuden. Die darüber hinaus benötigten zwei Instandsetzungs-Milliarden stellt Rabe den Schulen bis 2027 in Aussicht.

Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben hat das Sondervermögen in den Jahren 2011/2012 schon Kredite in Höhe von 450 Mio. Euro aufgenommen – Geld, das in der Schuldenstatistik des Kernhaushalts nicht auftaucht. Soll das vom SPD-Senat nun angekündigte Sanierungs- und Umbauprogramm umgesetzt werden, werden jährlich dazu jeweils einige hundert Mio. Euro hinzukommen. Senator Rabe geht bei den Ausgaben für Schulbau und Instandsetzung von einer Steigerung von heute 137 auf rund 290 Mio. Euro pro Jahr aus. Die Stadt Hamburg wird zwar laut Planungen des Senats ihre Mietzahlungen um 60 Mio. Euro per anno aufstocken, aber das wird im besten Fall für einen Ausgleich der wachsenden Zinsbelastungen des Sondervermögens reichen.

Antwort 2: durch das Einsparen von Gebäudemieten. Der SPD-Senat plant, die Fläche der Hamburger Schulen – derzeit etwa drei Mio. Quadratmeter – um zehn Prozent zu reduzieren. Das geht aus der Senatsdrucksache »Neuausrichtung von

Bau und Bewirtschaftung der staatlichen Schulimmobilien« hervor. Künftig werde nur noch mit zwölf Quadratmetern pro SchülerIn kalkuliert. Ein Sprecher der Schulbehörde bestätigt, dass geplant sei, diese Flächen anderweitig zu vermieten – etwa an Volkshochschulen, Vereine oder staatliche Beratungsstellen wie Rebus.

Es geht um sehr viel Geld: 2013 zahlt die Schulbehörde knapp 250 Mio. Euro Miete für die Gebäude der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Für das Jahr 2024 lautet die Prognose sogar 416 Mio. Euro. Wird die Fläche um zehn Prozent reduziert, könnte die Miete um gut 40 Millionen Euro sinken. Zielmarke ist laut Drucksache eine Miete von zwölf Euro pro Quadratmeter und Monat. Wenn in der Hansestadt die Schulen und SchülerInnen zehn Prozent zu viel Fläche haben, warum werden dann gegenwärtig 10.000 SchülerInnen in Containern unterrichtet?

KdU-Kürzung: Segeberg trifft Hamburg

Von Heinz-Michael Kittler



Jutta Hartweg (SPD), Landrätin im Kreis Segeberg, hatte in einer Rede zum Start der Wirtschaftsförderung des Kreises neben Wirtschaft und Arbeit auch gute Lebensbedingungen für die Menschen postuliert. Diese Wirtschaftsförderung, die im Rahmen der Metropolregion Hamburg erfolgt, verschlingt jährlich viele hunderttausend Euro. Der Präses der Lübecker Handelskammer wiederum hatte mehr Luxusquartiere für zuziehende Führungskräfte eingefordert – ein weiterer Anstoß für die Vernetzung auch linker KommunalpolitikerInnen. Es galt, drohenden Kürzungen von Wohngeld und dem Druck zum Umzug in billigere Wohnungen entgegenzutreten. Schließlich betrifft auch das die Lebensbedingungen eines größeren Teils der Menschen.

Zu einem ersten Austausch über Kürzungsversuche bei Wohngeld bzw. den Kosten der Unterkunft (KdU) nach SGB-II und SGBXII trafen sich ExpertInnen der Segeberger Kreistagsfraktion und der Hamburger Bürgerschaft in unserem

Fraktionsbüro. Zunächst stellte die Runde fest, dass sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Hamburg seitens der Verwaltungen eine sehr ambivalente Einstellung gegenüber den Rechtsansprüchen der BürgerInnen bestehe. Während viele der Ansprüche selbstverständlich erfüllt, einige geradezu hinterher getragen werden, wird manches offensichtlich eher als Almosen empfunden und nach Gutsherrenart verteilt. Dazu gehören insbesondere die Rechtsansprüche von BürgerInnen auf Erstattung der Unterkunftskosten. Schlimmer noch: Dieser Posten gilt vielen als Reservefundus, um die mangels Reichensteuer klammen kommunalen Kassen zu stabilisieren.

Im Kreis Segeberg wurden die KdU-Kürzungsversuche vor etwa einem Jahr mit einem teuer gekauften, strittigen Mieten(spiegel)gutachten der Hamburger Firma »Analyse und

Heinz-Michael Kittler ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Segeberger Kreistag.

Konzepte« gestartet, das die im Landkreis Segeberg praktizierte Senkung der Kosten der Unterkunft rechtfertigte, aber auf Initiative der LINKEN von einem hellwachen Kreis-Sozialausschuss am 3. Mai ausgesetzt. Derzeit bemüht sich ein »Runder Tisch« darum, realistischere Mietobergrenzen zu ermitteln. Das ist auch dringend erforderlich, denn zwischenzeitlich hatte die Satzungsermächtigung nach § 22a SGBII den schleswig-holsteinischen Landtag passiert. Damit hat das Land die Kreise ermächtigt, die Kosten der Unterkunft für den eigenen Kreis selbst zu regeln. Nun ist der Landkreistag damit befasst, eine Mustersatzung für die KdU-Träger zu erarbeiten, also ein Gerüst, in dem die regionalen Mietobergrenzen von den Kreisen und kreisfreien Städten eingearbeitet werden sollen, und zwar unter Beteiligung der Selbstverwaltungen, wie es der Bundesgesetzgeber fordert. Da zudem das Bundessozialgericht neben der Feststellung der Angemessenheit immer fordert, dass außer schlüssiger Darlegung einer Mietobergrenze nachgewiesen werden muss, dass im Einzelfall konkreter Wohnraum zu diesen Sätzen auch verfügbar ist, und zwar in unmittelbarer Nähe, ist theoretisch alles auf gutem Weg. Aber eben nur theoretisch, denn wer klagt schon bis zum Bundessozialgericht? Und kein Urteil ist direkt übertragbar, jeder Fall liegt anders. Das wissen auch die Verwaltungen. Die gängige Einstellung ist doch diese: »Erst mal die Kürzung versuchen, und wenn jemand klagt, warten wir doch gelassen ein Urteil ab.«

Die Situation in Hamburg ist komplexer: Da hier noch die Grundzüge der Organisation des Landes Hamburg nach dem »Groß-Hamburg-Gesetz« von 1936 gelten, die Grenzen zwischen Exekutive und Legislative zumindest unübersichtlich sind, der Senat bis in die Bezirke durchgreift und seine Jobcenter als gemeinsame Einrichtung mit der Bundesagentur betreibt, regelt er Dinge wie z.B. die KdU-Mietobergrenzen direkt per Fachanweisung und unter Umgehung des dürftigen Selbstverwaltungsspektrums der Bezirksversammlungen. Dabei galt bis Anfang 2012 als Grundlage hier noch der längst abgelöste Mietenspiegel von 2007!

Im Gegensatz zum Kreis Segeberg sind in Hamburg die Bedarfsgemeinschaften überwiegend klein, sodass den Betroffenen ein besonders nachgefragtes Segment an Woh-

nungen gegenübersteht. Jedoch versucht die Hansestadt eine Gegenmaßnahme, von der wir noch weit entfernt sind: Jede dritte neu gebaute Wohnung soll eine öffentlich geförderte Wohnung sein, die den Namen Sozialwohnung verdient. Allerdings wird das auch nicht reichen, denn viel mehr Menschen haben einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Deshalb fordert DIE LINKE in Hamburg den Bau von mindestens 8.000 Wohnungen, davon 50% im ersten Förderweg. Die Wege zwischen Verwaltung und Hamburger Sozialgericht sind kürzer als in Flächenländern. Möglicherweise resultiert u.a. daraus oft höhere Sachkompetenz, die allerdings gegenüber den Schwächsten der Gesellschaft meist repressiv daherkommt. Jedenfalls begann der Massenversand von Aufforderungen der Jobcenter zur Reduzierung der Unterkunfts-kosten bzw. zum Umzug in Hamburg erst gut ein halbes Jahr später als bei uns. Vorher nur vereinzelt wurden erstmalig im Mai diesen Jahres in Hamburg 123 Aufforderungen versandt. Deshalb sind Urteile der Sozialgerichtsbarkeit offen und noch später zu erwarten als bei uns in Schleswig-Holstein.

Abzuwarten bleibt hier wie dort, wie der Begriff Angemessenheit letztlich definiert wird. Kürzungsbegehrende Träger der KdU unterliegen stets einem Irrtum, wenn sie glauben, sie könnten mit ihrem Vortrag vor Gericht angemessene Mietobergrenzen darlegen. Auch die beste statistische Akrobatik ist keine Garantie, denn Angemessenheit zu beurteilen, ist traditionell einzig den RichterInnen vorbehalten. Jüngste Urteile belegen, dass »Gutachten« nicht das Papier wert sein können, auf dem sie gedruckt sind.

Obwohl die Segeberger Kreisverwaltung erklärte, dass in dieser Angelegenheit zwei Dritteln der Widersprüche stattgegeben werden dürfte, während der Rest sich im Wesentlichen durch Umzug, Arbeitsaufnahme oder Vergleich von selbst erledige, wendet sie die strittigen, gekürzten Sätze gegen unseren Protest für Neufälle weiterhin an. Obwohl »Altfälle« Bestandschutz genießen, obwohl realistischere Mietobergrenzen in Arbeit sind! Bürgerfreundlich ist etwas anderes. Der Austausch über die Verhältnisse in Segeberg und Hamburg hat Interessantes ergeben, der Kontakt soll daher vertieft werden.



GenossInnen für Gerechtigkeit, 2011 (M. Joho)

Neu im Büro Borgfelder Straße



Meinulf Krön, hier noch im Büro der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN ((c) agenda/Karin Desmarowitz)

Mein Name ist Meinulf Krön. Viele kennen mich als wissenschaftlichen Mitarbeiter der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE mit dem Schwerpunkt Arbeitsmarktpolitik und Hartz IV. Seit dem 1.9.2012 bin ich persönlicher Mitarbeiter unseres Abgeordneten **Tim Golke**. Die Schwerpunkte sind geblieben, hinzugekommen ist die Wahlkreisarbeit für Tim sowie mein neuer Arbeitsplatz in Tims Büro in der Borgfelder Straße 83.

Ich bin 1963 in Hamburg geboren und konnte dort auch mein Studium der Rechtswissenschaften mit dem Wahlfach Rechtssoziologie/Rechtsphilosophie abschließen. Das Referendariat habe ich dann mit dem Wahlfach Sozial- und Arbeitsrecht absolviert. Ich bin tätig gewesen für einen großen deutschen privaten Versicherungskonzern, für Sozialversicherungsträger der gesetzlichen Unfallversicherung, als Arbeitsvermittler, Verfahrens-Sachbearbeiter, zeitweise bei der Techniker Krankenkasse in der Abteilung Widerspruchs- und Sozialgerichtsverfahren und bei der Betriebskrankenkasse SPAR als Vorstandsassistent.

Ich war langjährig als Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht tätig, bin zwischenzeitlich schwer erkrankt gewesen und erfolgreich medizinisch und beruflich rehabilitiert worden. Dabei bin ich auch selbst für einige Zeit im Hartz-IV-Ber-

zug gewesen, und zwar bis zum Wechsel auf die andere Seite des Tisches im Jobcenter als Arbeitsvermittler der Bundesagentur für Arbeit und dann als juristischer Sachbearbeiter in der Rechtsstelle des Jobcenters als Angestellter der Stadt Hamburg. Eine Vertragsverlängerung gab es nach zwei Jahren rechtsstaatlich orientierter Tätigkeit in der Rechtsstelle nicht mehr. 2009 habe ich freiwillig die Ausbildereignungsprüfung bei der Handwerkskammer Hamburg abgelegt.

Vom 1. April 2010 bis 31. August 2012 war ich wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraktion der Bürgerschaft für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Ich gehöre der Gewerkschaft ver.di an und bin Mitglied im Sozialverband Deutschland (SoVD), im Bundesverband der freien Berufsbetreuer Deutschlands (BVfB) und im Republikanischen AnwaltInnenverein Deutschlands (RAV). Ich habe wissenschaftliche Veröffentlichungen publiziert und populärwissenschaftliche Artikel verfasst. Zurzeit setze ich mich intensiv für den Aufbau einer solidarischen Hartz-IV-Sozialrechtsberatung ein.

Zu erreichen bin ich unter meinulf.kroen@linksfraktion-hamburg.de, per Telefon: 040/285769-10.

Das reicht nicht! Nicht mal annähernd!



Demo gegen Mieter-Wahnsinn 2011 (M. Joho)

So etwa könnten wir die gegenwärtige Wohnungspolitik der sozialdemokratischen Landesregierung zusammenfassen. »Senat kann Plan für neue Wohnungen nicht halten« meldete das »Hamburger Abendblatt« in einem gerade mal zwölfzeiligen Artikel am 31. Juli. Danach würden im Jahr 2012 voraussichtlich etwa 4.000 Wohnungen »entstehen«, 2011 waren es noch 3.730. Das regelmäßige Studium der Tagespresse legt allerdings anderes nahe, so als ob sich die Projekte förmlich jagen und der Senat von Erfolg zu Erfolg voranschreiten würde. Doch selbst vom großen Senatsziel, jährlich 6.000 neue Wohnungen zu errichten, sind wir auch 2012 noch fast genauso weit entfernt wie 2011.

Die Wirklichkeit unterscheidet sich bei genauerem Hinsehen öfters von den Versprechungen des Senats. Nicht, dass er unbedingt die Unwahrheit sagt, aber bisweilen sind es doch die Details, die ein gänzlich anderes Bild ergeben. Ziehen wir nochmals das 2011 aufgelegte Wohnungsprogramm mit seiner Zielzahl von jährlich 6.000 neuen Wohnungen heran. Von diesen sollen jeweils 2.000 öffentlich gefördert errichtet werden, allerdings nur 1.200 im 1. Förderweg (die so genannten Sozialwohnungen zur Einstiegsrente von 5,90 Euro/qm) und 800 im 2. Förderweg (Einstiegsrente 8,00 Euro/qm). Irgendwie denkt man sich ja, mit diesem Programm würde der akute Wohnungsmangel vor allem im preisgünstigen Segment aktiv bekämpft – nun ja, wenigstens ein Stückchen zurückgefahren werden.

Die Realität ist anders, geradezu dramatisch: Den bestenfalls im kommenden Jahr neu fertiggestellten 1.200 Sozialwohnungen steht das Auslaufen von sage und schreibe 10.856

im 1. Förderweg errichteten Wohneinheiten gegenüber. 2014 werden 2.769, im darauf folgenden Jahr 6.931 Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen. Bis 2035 gibt es nur ein einziges Jahr – nämlich 2022 –, wo mit 564 Wohneinheiten des 1. Förderweges weniger aus der Bindung herausfallen, als zum heutigen Zeitpunkt geplant sind (unterstellen wir mal, es würde bei der Zahl 1.200 bleiben). Die exakten Angaben sind der Kleinen Anfrage der Linksfraktion zu Belegungsbindungen zu entnehmen (Bürgerschafts-Drucksache 20/4782 vom 7.8.2012).

Wie groß die Not an bezahlbaren Sozialwohnungen ist, ergibt sich alleine daraus, dass heute 42% der Hamburger Haushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung und 59% auf eine im 2. Förderweg entstandene Wohnung haben (Bürgerschafts-Drucksache 20/3295 vom 20.2.2012). Nur ein Bruchteil der Anspruchsberechtigten hat die Chance, eine solche Wohnung zu ergattern. Die im September 2012 veröffentlichte Studie des seriösen Pestel-Instituts konstatierte z.B. jüngst das Fehlen von 110.000 Sozialwohnungen in Hamburg. Matthias Günther, Leiter dieser Einrichtung, befürchtet sogar noch ein wachsendes Problem durch den weiter voranschreitenden Schwund. »Es ist höchste Zeit, gegenzusteuern. Insbesondere Geringverdiener, Alleinerziehende und Rentner sind auf günstige Wohnungen angewiesen. Für sie bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist eine der drängendsten sozialen Herausforderungen.« (Pressemitteilung des Pestel-Instituts vom 10.9.2012) Die 16seitige Studie »Bedarf an Sozialwohnungen in Deutschland« vom August 2012 ist auf der Website www.pestel-institut.de einzusehen.

Schauen wir noch auf zwei andere Aspekte, die insbesondere die Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau gerne betont. In einem Interview mit dem »Hamburger Abendblatt« vom 24. Juli führt sie aus, dass sie gegen die Verdrängung von BewohnerInnen in gentrifizierten Quartieren vor allem »auf öffentlich geförderten Wohnraum und auf soziale Erhaltungsverordnungen« setze. Öffentlich geförderter Wohnraum in aufgeschickten Vierteln klingt ja gut, schaut man sich jedoch beispielsweise St. Georg an, entstehen dort laut Wohnungsbauprogramm des Bezirks Hamburg-Mitte nur sehr vereinzelt Sozialwohnungen, dagegen überdurchschnittlich viele Eigentumswohnungen. Um wie viele es sich hier und in anderen Stadtteilen allerdings genau handelt, darüber weiß der Senat angeblich nichts. Die Zahl von 6.811 Baugenehmigungen für 2011 wurde groß herausposaunt, doch dass längst nicht sämtliche Genehmigungen umgesetzt werden, blieb unerwähnt – Zahlen oder Erfahrungswerte dazu gibt es nach Senatsangaben nicht.

Ebenso unerwähnt bleibt, dass im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2011 fast 330 Wohneinheiten verloren gegangen sind – Werte, die man eigentlich bei einer üppigen Neubaustatistik tunlichst erwähnen müsste. Auf eine Nachfrage der Linksfraktion hin, für welche Art von Wohnungen bzw. Häuser die Baugenehmigungen denn eigentlich erteilt worden seien, antwortet der Senat, das wisse er nicht: »Zu Sozial-, Miet- oder selbstbewohnten Eigentumswohnungen liegen aus den Bautätigkeitsstatistiken keine Ergebnisse vor« (alle in diesem Absatz genannten Daten laut Bürgerschaftsdrucksache 20/4998 vom 14.9.2012).

Zuguterletzt sei noch einmal auf die von Frau Blankau favorisierten sozialen Erhaltungsverordnungen eingegangen. Eingeräumt sei, dass der SPD-Senat nach einer schon ansatzweise durch den GAL-Koalitionspartner der CDU durchbrochenen Stagnationsphase daran ging, erste Erhaltungssatzungen zu erlassen. Neben der Südlichen Neustadt (seit 1995) sind für St. Pauli und St. Georg seit dem 15. Februar 2012 Erhaltungssatzungen in Kraft, für die Sternschanze, das Osterkirchenviertel und Eimsbüttel-Süd wird deren Einführung seit 2010, für Altona-Altstadt, Wilhelmsburg und Barmbek/Dulsberg seit 2012 geprüft.

Doch wie sieht die Angelegenheit bei Lichte betrachtet aus? Auf der Sitzung des Stadtplanungsausschusses Altona am 5. September wurde zwar eine Erhaltungssatzung für die Schanze beschlossen, doch gleich danach sah sich der zuständige Baudezernent zu dem Hinweis genötigt, dass



Demo gegen Mieter-Wahnsinn 2011 (M. Joho)

der Personalbestand für einen Vollzug nicht ausreichend sei. Unterstützung fand er beim Fachamtsleiter Stadt- und Landschaftsplanung, der angesichts sich stapelnder Bauanträge ebenfalls keine Chance sah, den Beschluss angemessen umzusetzen.

Und dies ist nur ein Beispiel für die massiv betriebene Personalausdünnung in den Bezirksverwaltungen. Erfahrungen mit sozialen Erhaltungssatzungen und den ihnen »anhängenden« Umwandlungsverordnungen aus früheren Jahren unterstreichen jedoch, dass sie nur dann sinnvoll sind und MieterInnen gegen Luxusmodernisierung und Umwandlung schützen, wenn behördlicherseits genügend personelle Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden, um die Einhaltung der Verordnung auch zu prüfen und durchzusetzen.

Es ließen sich viele Beispiele anführen, bei denen erheblich mehr Schein als Sein im Spiel ist. Statt seriöse Daten zu bekommen, werden wir gerade in den letzten Monaten zugeschüttet mit vermeintlichen Erfolgsmeldungen, werden wichtige Aspekte einfach ausgeblendet und falsche Fährten gelegt. Beispielsweise durch eine ganze Flut an dubiosen Umfragen: »In Hamburg leben die zufriedensten Menschen« (Abendblatt, 12.9.2012), sagt uns der im September von der Deutschen Post (!) veröffentlichte »Glücksatlas«. »Hamburg ist die Schönste« (Mopo, 17.9.), befindet die Mehrheit von 180 befragten deutschen ArchitektInnen. Umfragen und Scheindemokratie, wohin das Auge blickt. Mietenstopp und Sozialwohnungsbau wären uns lieber und würden für ganz viel Glück sorgen.

Um das Thema **»Wohnen, Miete und die Stadt für alle«** geht es auf einer Wochenendtagung vom **18. bis 20. Oktober** im Centro Sociale (Sternstraße 2). Die Initiative Mieterwahnsinn stoppen und das Netzwerk Recht auf Stadt leisten sich eine »Debatte de luxe«, ziehen eine Bilanz der Bewegung wie auch der wohnungspolitischen Situation (vor allem in Workshops am Samstag) und wagen einen Blick auf die kommenden Auseinandersetzungen. Das Programm des Kongresses findet sich im Netz unter <http://wiki.rechtaufstadt.net/>.

Schon mal notieren kann mensch sich den Termin der nächsten **Großdemonstration** unter dem Titel »Mieterwahnsinn stoppen – Wohnraum vergesellschaften«. Sie wird gegenwärtig für den **10. November** (13 Uhr ab Millerntorplatz) vorbereitet.

Kultur Tipp: Viel Gelb und alle lockig!



Aus: Tita do Rêgo Silva/Peggy Parnass, »Kindheit«

Zwei kreative Frauen aus St. Georg treffen unter wenig erfreulichen Umständen zusammen. Daraus entsteht gleichwohl höchst Erfreuliches. Der Reihe nach: Tita do Rêgo Silva, geboren in Caxias im Nordosten von Brasilien, kommt 1989 nach St. Georg, schneidet seitdem filigrane Figuren ins Holz und druckt sie in ihrem Atelier in der Koppel 66. Peggy Parnass, Schauspielerin, Kolumnistin, Gerichtsreporterin und Autorin, lebt schon viel länger im Stadtteil. Gelegentlich sieht man sich von Balkon zu Balkon in der Langen Reihe.

Als Peggy 2004 nach einem Unfall monatelang im Krankenhaus St. Georg liegt, besucht Tita sie, bringt knuspriges, würziges brasilianisches Hühnchen mit - und ihre farbenfrohen Holzschnitte. Beides mag Peggy, es entsteht eine Freundschaft. Tita liest Peggys Buch »Unter die Haut«, ihr gefällt vor allem das Kapitel »Kindheit«. Sie möchte diese Geschichte mit Holzschnitten illustrieren und daraus ein Buch machen. Peggy ist einverstanden, bittet um »viel Gelb« für die Illustrationen und darum, »bitte alle lockig« zu machen.

Gesagt, geschnitten, getan: In St. Georg bleiben solche Ideen nicht lange liegen. Das höchst erfreuliche Ergebnis: ein buntes, großformatiges Buch mit dem Titel **Kindheit**, dessen lockige Holzschnitte Klaus Raasch zusammen mit anderen auf dem Heidelberger Zylinder im **Museum der Arbeit** gedruckt hat. Dort wird das fertige Werk am Sonntag, den **7. Oktober um 13:00 Uhr** in Anwesenheit beider Künstlerinnen vorgestellt (Eintritt 6 Euro/erm. 4 Euro).

Das Künstlerbuch hat 48 Seiten im Format 32,5 x 24 cm mit Fadenheftung und - natürlich - gelb bedrucktem Leinenumschlag. Es ist erschienen als 9. Werk in der »Edition Die Holzschnittbücher« im Verlag Schwarze Kunst. Für 48 Euro kann es ab sofort in der Buchhandlung Wohlers (**Wohlers muss bleiben!**) erworben werden. Gern auch in mehreren Exemplaren, denn bereits am 24.12. steht wieder das Fest der Geschenke ins Haus. Kluge Menschen sorgen vor - und Peggy & Tita werden die Gaben sicherlich gern signieren.

gerd siebecke

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.